

Offener Brief

Für eine menschenwürdige Unterbringung! Missstände in der Notunterkunft Grünau beseitigen!

an Mario Czaja, Senator für Gesundheit und Soziales

an Franz Allert, Präsident des Landesamtes für Gesundheit und Soziales

an Helmuth Penz, PeWoBe Professionelle Wohn- und Betreuungsgesellschaft mbH

an Oliver Igel, Bezirksbürgermeister von Treptow-Köpenick

an die Vorsitzenden und integrationspolitischen Sprecher_innen der Fraktionen von CDU, SPD, Bündnis'90/ Die Grünen, DIE LINKE und Die Piraten im Abgeordnetenhaus Berlin sowie in der Bezirksverordnetenversammlung Treptow-Köpenick

Als Netzwerk Refugees Welcome in Treptow-Köpenick wenden wir uns mit diesem Offenen Brief an die Öffentlichkeit, an Senat und Bezirksamt, an Parteien und Zivilgesellschaft, um über Missstände bei der Notunterkunft Wassersportallee in Berlin-Grünau zu informieren. Damit möchten wir einen Beitrag leisten für die Verbesserung der Lebensbedingungen der geflüchteten und Asyl beantragenden Menschen.

Geflüchtete Menschen, die nach Deutschland kommen, sind oft durch Vertreibung, Flucht und lebensbedrohliche Situationen traumatisiert. Alles ist für sie fremd und anders. Sie können sich oft nicht verständlich machen und wissen meist nicht, welche Rechte sie haben. Sie versuchen, möglichst keine oder niedrige Ansprüche zu stellen und es Allen Recht zu machen, weil sie befürchten müssen, ansonsten schlechtere Chancen in ihrem Asylverfahren zu haben. Das bedeutet extremen Druck und Stress für die Betroffenen. Zivilgesellschaftliches und ehrenamtliches Engagement unterstützt die Betroffenen in dieser Situation und bietet Hilfe, z.B. durch Deutschkursangebote, Beratungsangebote, Begleitung bei Behördengängen, Wohnungssuche, Freizeitangebote.

Auch in der Notunterkunft im Ortsteil Grünau leben etwa 140 Menschen auf engstem Raum und i.d.R. ohne Aussicht auf Verbesserung. Regulär sollen sie dort nur wenige Monate untergebracht werden. In der Praxis leben dort aber einige Bewohner_innen bereits neun oder mehr Monate. Die Notunterkunft in der Wassersportallee existiert bereits seit Oktober 2012 und wird trotz Befristung ohne bauliche, hygienische oder betreuende Verbesserungen immer wieder verlängert. Die Qualitätsstandards des Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) sind für diese wie alle anderen Notunterkünfte nicht bindend. Diesen Zustand halten wir für nicht hinnehmbar: Qualitätsstandards müssen uneingeschränkt auch in dieser Einrichtung gelten und nicht durch Kettenverträge als Notunterkunft unterlaufen werden.

Inzwischen hat sich die Situation weiter angespannt: Im Oktober 2013 wurde gegen eine ehrenamtliche Gruppe des Vereins Multitude e.V. durch die Heimleitung die Kündigung des Deutschkurs-Angebotes der Gruppe ausgesprochen. Wir nehmen dies und die unbefriedigend beantwortete Kleine Anfrage vom Oktober (s.u.) nun zum Anlass, Sie auf Schwierigkeiten in Grünau hinzuweisen und um Unterstützung bei der Beseitigung z.B. im Zuge der Verhandlungen zur Vertragsverlängerung zu bitten.

Das Netzwerk Refugees Welcome in Treptow-Köpenick fordert:

1. Der Zugang für ehrenamtliche Unterstützungsgruppen und zivilgesellschaftliche Initiativen in der Unterkunft in Grünau muss garantiert werden. Es kann nicht sein, dass eine Gemeinschafts- oder Notunterkunft ein geschlossener Raum ist, in dem nur Heimleitung und Mitarbeiter_innen der Betreiberfirma Zugang haben und allein entscheiden, welche ehrenamtlichen Aktivitäten geduldet werden. Gruppen, die Geflüchtete bei ihrer gesellschaftlichen Teilhabe unterstützen, politische Forderungen in Bezug auf bessere Lebensbedingungen für geflüchtete Menschen aufstellen und berechnete Kritik an Missständen artikulieren, dürfen nicht aus der Einrichtung ausgeschlossen werden. Ihr Engagement sollte in erster Linie als Unterstützung und Regulativ im Sinne einer Verbesserung der Lebensbedingungen der geflüchteten Menschen verstanden werden. Darüber hinaus vermitteln Unterstützungsgruppen zwischen den Perspektiven von geflüchteten Menschen und denen von Anwohner_innen. Ehrenamtliches Engagement ist keine Konkurrenz, sondern eine Bereicherung.
2. Wer eine Gemeinschafts- oder Notunterkunft leitet, muss dafür genügend qualifiziertes Personal bereitstellen. In der von der Professionelle Wohn- und Betreuungsgesellschaft mbH (PeWoBe) betriebenen Notunterkunft in Grünau reagiert die Heimleitung auf Nachfragen autoritär und wenig transparent, dies erachten wir als unprofessionell. Zusätzlich ist das sozialpädagogische Angebot nicht ausreichend, um alle notwendigen Angebote gewährleisten zu können. Geflüchtete beklagen in den letzten Monaten eine schlechte Erreichbarkeit der Mitarbeiter_innen und mangelnde Kapazitäten für Begleitung. Bei der Auswahl von Betreiberfirmen für Unterkünfte muss der Senat bzw. das Landesamt für Gesundheit und Soziales (LAGeSo) ausreichend qualifiziertes sowie sprachkompetentes Personal einfordern, bevor Aufträge erteilt werden.
3. Die Beratung der Bewohner_innen muss in deren Sprache, also notfalls mit Übersetzung stattfinden. Verschiedene Bedürfnisse der Bewohner_innen einer Unterkunft finden kein Gehör, weil Mitarbeiter_innen nicht über die entsprechende Sprachkompetenz verfügen. Der Zugang zu externen mehrsprachigen Beratungsangeboten für die geflüchteten Menschen ist daher von großer Bedeutung, denn nur so können sie sich in ihrer Muttersprache ausdrücken, von ihren Rechten erfahren, therapeutische und medizinische Angebote finden, sich auf das Asylverfahren vorbereiten und Klarheit über ihren aufenthaltsrechtlichen Status gewinnen. Die Betreiberfirmen müssen dazu verpflichtet werden, über die in Berlin vorhandenen Beratungsangebote zu informieren und den Zugang zu diesen zu

gewährleisten, bspw. durch mehrsprachige Aushänge oder die Erstellung von Informationshandreichungen. In der Einrichtung in Grünau hält man dies nicht für nötig. Einer der Gründe für den Rauswurf der Deutschkursgruppe von Multitude e.V. war die Initiierung einer solchen Broschüre.

4. Strukturen zur Mitbestimmung der Heimbewohner_innen müssen geschaffen werden. Gemeinschafts- und Notunterkünfte sind allumfassende Institutionen und führen dadurch oft zu einer Entmündigung der Bewohner_innen. Sie müssen die Möglichkeit bekommen, sich selbstbestimmt austauschen und vernetzen zu können und ihr Leben so weit wie möglich eigenverantwortlich leben zu können. Hierbei können zivilgesellschaftliche und ehrenamtliche Initiativen die Bewohner_innen beim Aufbau von Beiräten unterstützen.

5. Beim Runden Tisch Grünau wurde auch offensichtlich, dass es in der Einrichtung an einem Beschwerdemanagement mangelt. Wir fordern die Einführung eines solchen sowie einer berlinweiten unabhängigen und anonymen Beschwerdestelle, an die sich sowohl Bewohner_innen der Einrichtungen als auch Anwohner_innen wenden können, wenn sie Kritik an den Verhältnissen in einer Einrichtung haben. Diese Beschwerdestelle muss anonym und unabhängig sein, da die geflüchteten Menschen eingeschüchtert sind und befürchten müssen, dass ihre Beschwerden einen negativen Einfluss auf ihre Asylverfahren haben können.

6. Gemeinschaftsräume müssen dem Gemeinschaftsleben zur Verfügung stehen. Die Qualitätsstandards sehen einen Aufenthaltsraum auf jeder Etage einer Einrichtung vor, was z.B. in Grünau nicht gegeben ist. Durch die Umwidmung des einzigen Gemeinschaftsraums für Nichtraucher in Schlafräume im August fehlen in der Unterkunft in Grünau seitdem die Möglichkeiten für Begegnung und gemeinschaftliche Aktivitäten der Geflüchteten. Auch steht dieser Raum nicht für ehrenamtliche Angebote wie kostenlose Deutschkurse, musikalische Aktivitäten, Treffen und Versammlungen der Bewohner_innen mit Anwohner_innen und Unterstützer_innen usw. zur Verfügung. Die räumliche Enge beeinflusst die ohnehin angespannte Situation zwischen den Menschen zusätzlich. Auch wenn die Belegung von Gemeinschaftsräumen durch das LAGeSo initiiert wurde, darf nicht der einzige Gemeinschaftsraum über Wochen für die Allgemeinheit gesperrt werden. Hier muss eine Heimleitung zum Wohle der Bewohner_innen eine Grenze ziehen.

7. Es müssen ausreichend sanitäre Anlagen zur Verfügung stehen. Bewohner_innen der Einrichtung in Grünau beklagten sich über eine nicht ausreichende Anzahl von Toiletten und Duschen, und dass diese z.T. nicht abschließbar sowie nicht ausreichend gesäubert seien.

Die derzeitige sanitäre Ausstattung muss aufgestockt werden, um den hygienischen Bedürfnissen der Bewohner_innen gerecht zu werden.

8. Es muss mehr Freizeitangebote für Kinder in der Einrichtung geben. Im Spielzimmer, was sich im letzten Winkel des Kellers befindet, dürfen sich Kinder nur unter Aufsicht von angestelltem Personal aufhalten, sonst ist es verschlossen. Oftmals wird die Aufsicht durch einen Mitarbeiter des Wachschutzes

wahrgenommen. Wir fordern die Betreiberfirma auf, mehr pädagogisch geschulte Mitarbeiter_innen damit zu beauftragen, die Betreuung der Kinder zu gewährleisten und Eltern zu ermöglichen, mit ihren Kindern dieses Zimmer auch ohne Aufsicht zu nutzen. Spielmöglichkeiten vor dem Haus oder auf dem Hof bzw. in räumlicher Nähe der Zimmer (außerhalb von Ruhezeiten) würden die Situation für die Familien erleichtern.

9. Küchen müssen dauerhaft zugänglich sein, auch nachts. In der Unterkunft in Grünau gibt es intransparente Küchenöffnungszeiten, die zur Folge haben, dass Bewohner_innen sich beklagten, dass sie nachts die Küche nicht benutzen konnten und Babynahrung in den Schlafräumen zubereiten mussten. Die Heimleitung verweist darauf, dass eine andere Küche für diesen Zweck nachts geöffnet sei. Dies ist offensichtlich nicht allen Bewohner_innen bekannt. Muslime kritisierten, dass sie durch die Schließung der Küchen ab 22:00 Uhr in der Praktizierung des Ramadan eingeschränkt waren. Sie konnten ihre privaten Einkäufe, die in Kühlschränken und der Küche lagern, nachts nicht nutzen.

10. Es muss ein Internetzugang in der Einrichtung in Grünau öffentlich zugänglich sein. Das Internet ist Kommunikationsmittel und Informationsquelle, die den Bewohner_innen den Kontakt mit Freunden und Bekannten ermöglicht und sie bei der Suche nach medizinischer Versorgung, rechtlicher Beratung oder der Wohnungssuche unterstützen kann. Bisher sieht die Heimleitung dazu keine Veranlassung – auch weil das LAGeSo sich der finanziellen Förderung eines Internetzugangs verweigert.

11. Die Vergabe von Spenden muss transparent sein. Viele Anwohner_innen haben in den letzten Monaten vielfältige Spenden in der Notunterkunft in Grünau abgegeben. Wie diese Spenden verwendet werden, ist jedoch für die Geflüchteten oft unklar. Es muss ein transparentes Verteilsystem gefunden werden, damit die Spenden auch bei den Bewohner_innen sichtbar ankommen.

Mit diesen Forderungen wenden wir uns an Sie und an die Öffentlichkeit, damit sich die Lebensumstände der Bewohner_innen der Notunterkunft in Grünau sowie in weiteren Berliner Unterkünften verbessern und die geflüchteten Menschen die ihnen zustehenden Rechte in Anspruch nehmen können.

Netzwerk Refugees Welcome in Treptow-Köpenick

Berlin, 5. November 2013

Weitere Hintergrundinformationen zur Notunterkunft in Grünau:

Pressemitteilung „Notunterkunft in Berlin-Grünau wirft Deutschkurs für Geflüchtete raus“ vom 22.10.13

http://zentrum-für-demokratie.de/rest/PDF/13-10-22PM_Rauswurf%20Deutschkurs.pdf

Kleine Anfrage „‘Wohnen‘ in der Notunterkunft – Flüchtlingsunterbringung in Grünau“ vom 22.10.13

www.hakan-tas.de/uploads/media/ka17-12539.pdf

Fragen und Anregungen richten Sie bitte an:

InteraXion - Anlaufstelle für Migrant_innen | antirassistische Bildung Treptow-Köpenick
im Zentrum für Demokratie Treptow-Köpenick (ZfD)

Besuchsadresse:

Michael-Brückner-Str. 1/Spreestraße, direkt gegenüber S-Bhf Schöneweide

Postadresse:

c/o Villa offensiv

Hasselwerder Str. 38-40

12439 Berlin

E-Mail: interaxion@offensiv91.de

Tel/Fax: 030-65487293

Internet: www.zentrum-für-demokratie.de